

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 184 (2018)
Heft: 4

Artikel: Beschaffungen von "unten nach oben" mehrheitsfähig machen
Autor: Grütter, Guido
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-772510>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beschaffungen von «unten nach oben» mehrheitsfähig machen

Beschaffungsvorhaben sind regelmässig Gegenstand kontroverser Debatten. Wenn Beschaffungen Mehrheiten finden sollen, dann müssen die politischen Exponenten aller Staatsebenen in die Meinungsbildung mit einbezogen werden. Allerdings fehlt den Politikerinnen und Politikern oft das Wissen zur Sicherheitspolitik und Armee. Breite Aus- und Weiterbildung in Sicherheitspolitik ist daher auf allen Ebenen ist ein dringender Handlungsbedarf.

Guido Grütter

In den Gemeinden und Kantonen steht die Armee meist nur dann im Vordergrund des Interesses, wenn es darum geht, subsidiäre Hilfeleistungen von ihr zu erhalten. Ohne solche Ereignisse wird die Armee in der kommunalen Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen.

Sicherheit als Randthema

In den Gemeinderäten ist Sicherheit ein Randthema. Sicherheit wird heute innerhalb der Behördengremien als alltägliche Selbstverständlichkeit wahrgenommen, die konsumiert werden kann, ohne laufend erneuert und angepasst zu werden. Die vermeintliche Abwesenheit von existenziellen Gefahren wiegen die politischen Gremien in einem bequemen Sicherheitsgefühl. Das betrifft ganz besonders die kommunalen Exekutivgremien und die kantonalen Legislativgremien.

genügend differenzierte Erfahrung mit sicherheitspolitischen Instrumenten, ganz besonders nicht mit der Armee.

Wobei auch festgehalten werden muss, wer sich zur Wahl in ein Exekutivamt stellt und nach erfolgreicher Wahl ein Gemeinderatsressort übernimmt, erhält dieses in der Regel nicht, weil er für dieses Ressort besonders qualifiziert wäre. Dennoch wird sich eine neu gewählte Exekutivpolitikerin oder ein Exekutivpolitiker in das übernommene Ressort einarbeiten und sich sehr rasch entsprechendes Wissen aufbauen. Für viele Ressorts können dazu Ausbildungskurse besucht werden, zum Beispiel für Finanzen, Gesundheit, Soziales, Bau, Verkehr, Bildung. Für Sicherheit im weiteren Sinn gibt es keine Angebote.

«Es fehlt an sicherheitspolitischer Grund- und Weiterbildung – vor allem in den kommunalen Exekutivgremien.»

Ich stelle fest, dass das sicherheitspolitische Wissen in einem politischen Exekutivgremium wie einem Gemeinderat weitgehend fehlt. Kaum eine gewählte Exekutiv- oder Legislativperson hat eigene und

Einbezug der kommunalen Ebene dringend nötig

Auf kommunaler und kantonaler Ebene müsste erkannt werden, oder müssten die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erkennen, Sicherheit ist eine Errungenschaft, die keine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine Entwicklung, die über mehrere Generationen zurück reicht und an deren Erhalt die heutige Politikergeneration kaum noch partizipiert. Andere Themen stehen im Vordergrund und miteinander in Konkurrenz, wie Altersversorgung, Bildung, Migration, Verkehr und Umwelt. Aber kaum je Sicherheit im weiteren Sinn.

Vor vielen Jahren war der Begriff «Gesamtverteidigung» auch auf der kommunalen Ebene bekannt und wurde regelmässig im Verbund mit Kanton und Bund trainiert. Heute ist der Begriff ein Unwort aus der Zeit des «Kalten Krieges». Dabei wurde lediglich versäumt, diesem Begriff einen zeitgemässen Inhalt zu geben, der der

Ständige Wahlkommission der Gemeinde Münchwilen TG.

Bild: Autor



Vielfalt der aktuellen und künftigen Bedrohungen und Risiken entspricht.

Ich kenne keine Legislaturziele eines Gemeinderates, in welchem das Thema Sicherheit ein besonderes Thema oder ein

«Es muss auf kommunaler Ebene erkannt werden, dass Sicherheit das Ergebnis intensiver Anstrengung und keine leistungslose Gegebenheit ist.»

klar ausformuliertes Legislaturziel ist. Ich kenne auch kaum einen Gemeinderat, welcher als Gremium eine sicherheitspolitische Schulung durchlaufen oder gar einmal in seiner Legislatur eine adäquate und realistische Übung zur Krisenbewältigung und Krisenkommunikation durchgeführt hat.

Sicherheitspolitische Bildung ist erforderlich

Sicherheitspolitische Bildung ist die Voraussetzung, um überhaupt zu erkennen, wie Sicherheit entsteht und wie sie laufend weiterentwickelt werden kann.

Somit gelange ich zur Auffassung, Sicherheitspolitik und Armee kann nicht alleine von oben nach unten «transportiert» werden. Nicht der Bundesrat, das VBS oder sonst wer auf Ebene Bund müssen erklären, warum es Sicherheit braucht, warum es eine Armee braucht und warum diese Armee die einen oder anderen materiellen Mittel braucht.

Miliz als Grundlage unseres Staatswesens

Per 1.1.2018 gibt es 2222 Gemeinden. Auf dieser kommunalen Ebene sind 15000 Mitglieder von Gemeinderäten meist im Milizamt tätig. Dazu kommen etwa gleich viele Exekutiv- und Legislativräte in Stadt- und Kantonsparlamenten. Zählt man dem kommunalen Milizsystem alle weiteren Behörden und Kommissionsmitglieder hinzu, dann engagieren sich rund 100000 Personen freiwillig für unser Staatswesen auf der kommunalen Ebene.



Grosser Rat Kanton Thurgau bei einer Abstimmung.

Bild: Staatskanzlei TG, Parlamentsdienste

Sicherheit fusst meines Erachtens in der Gemeinde, in der Stadt. Wenn deren gewählte Exekutiv- und Legislativgremien keine Ahnung von Sicherheitspolitik haben, dann kann auch keine Sicherheit weiterentwickelt werden, die breit abgestützt ist. In den Gemeinden und Städten hat

ge und einem völlig unklaren Blick auf die wahrscheinlichsten, aber auch auf die gefährlichsten Risiken.

«Es geht darum zu erreichen, dass die Sicherheit der Zukunft ein Ergebnis umfassender und dauernder Zusammenarbeit ist.»

man heute lediglich das Glück, in relativer Sicherheit zu leben, abgesehen von gelegentlichen Chaoten-Aktionen, welche im Rahmen Polizeikonkordaten bewältigt werden können.

Es ist daher die Frage zu stellen, wie unter Einhaltung der sehr wichtigen Gemeindeautonomie und des Föderalismus, das Bewusstsein sowie das Wissen und das Können zur Sicherheitspolitik im weiteren Sinn für Mitglieder von Legislativ- und Exekutivgremien aufgebaut und erhalten werden kann?

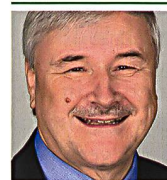
Wird diese Frage nicht beantwortet, dann wird weiterhin in Kauf genommen, dass bedeutende Beschaffungsvorhaben nach dem ewig gleichen Muster scheitern, nämlich primär am fehlenden Wissen um die sicherheitspolitischen Zusammenhänge.

Beschaffungen auf allen Ebenen abstützen

Es geht nicht an, dass der Bundesrat alleine erklärt, warum was beschafft werden muss. Beschaffungen müssen aus einem genügenden Wissen der sicherheitspolitischen Zusammenhänge von «unten her» verstanden, gewollt und letztlich sogar gefordert werden.

Ich habe den Eindruck, die Gemeinden als Grundlage des föderalen Staates sind in dieser Diskussion vergessen gegangen. Sicherheitspolitik ist zwar Aufgabe des Bundes und teilweise der Kantone. Aber sie muss von den Gemeinden getragen werden, auf ihnen basieren. Dabei haben die Politikerinnen und Politiker aller Ebenen eine weitere verantwortungsvolle Rolle wahrzunehmen.

Da scheint mir, sei Handlungsbedarf gegeben. ■



Oberst
Guido Grütter
MBA HSG
Gemeindepräsident /
Kantonsrat TG
9542 Münschwil